

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
12 / 2005

# **Gerechtigkeit vor Gewalt**

## **Im Spannungsfeld zwischen Politik und Ethik**

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2004
- MUSICA PRO PACE 2004
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche:*

Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Daniela De Ridder, Frauenbeauftragte der Fachhochschule Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Düsterberg, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
Priv.doz. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Peter Mayer, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Fachhochschule Osnabrück  
Prof. Dr. Reinhold Mokrosch, Ev. Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Alrun Niehage, Ökotoxikologie, Fachhochschule Osnabrück  
Priv.doz. Dr. Thomas Schneider, Literaturwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wulf Eckart Voß, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Wilfried Wittstruck, Sprache u. Literatur, Kath. Fachhochschule Norddeutschland

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Andrea Dittert, Joachim Herrmann

*Einbandgestaltung:* Tevfik Göktepe, Atelier für Kommunikationsdesign, unter Verwendung des Werkes »Selbstbildnis mit Schlüssel« (1941) von Felix Nussbaum aus dem Besitz des Tel Aviv Museum of Art, Israel ©VG Bild-Kunst, Bonn 2005

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben / Schloss, D-49069 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 4766  
E-mail: ofg@uni-osnabrueck.de – Internet: www.friedensgespraeche.de

*Wir danken für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche:*

- Oldenburgische Landesbank AG
- RWE Westfalen-Weser-Ems AG
- Universitätsgesellschaft Osnabrück e.V.
- Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

Die Deutsche Bibliothek – Bibliografische Information:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2005

© 2005 Göttingen, V&R unipress GmbH mit Universitätsverlag Osnabrück.

Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany: Hubert & Co., Göttingen.

Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN 3-89971-233-1

ISSN 0948-194-X

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial. . . . .	9

### I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2004

<i>Menschenrechte und Humanität im Schatten des Kampfes gegen den internationalen Terror</i> Mit Barbara Lochbihler und Rudolf Seiters . . . . .	17
---	----

<i>Sparpolitik – auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Friedens?</i> Mit Christian Wulff und Ottmar Schreiner . . . . .	39
---	----

<i>Jugend / Perspektiven: Wie geht die Gesellschaft mit ihrer Zukunft um? Anlässlich des 12. Deutschen Jugendhilfetages in Osnabrück</i> Mit Renate Schmidt, Heinz Rudolf Kunze, Angela Marquardt . . . .	65
--	----

Sir Peter Torry, Berlin <i>Europa sieht Deutschland: Großbritannien und die Bundesrepublik heute.</i> Festvortrag zum Tag der Deutschen Einheit . . . . .	97
---	----

Hans-Peter Kaul, Den Haag <i>Der Internationale Strafgerichtshof: Auf dem Weg zu weltweit mehr Gerechtigkeit? Festvortrag anlässlich des Osnabrücker Friedenstages und des Tages der Vereinten Nationen . . . . .</i>	109
--	-----

<i>Malerei in Zeiten der Verfolgung – Impulse für Frieden und Toleranz? Zum 100. Geburtstag von Felix Nussbaum</i> Mit Emily D. Bilski, Wieland Schmied, Christoph Stölzl und Inge Jaehner . . . . .	123
--	-----

## II. MUSICA PRO PACE 2004 – KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG

- Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Pazifistische Botschaften.*  
*Zu Arnold Schönbergs »Friede auf Erden«, Samuel Barbers*  
*»Agnus Dei« und Günter Bergers »Sieben Sequenzen ...« . . . . . 151*

## III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

- Wieland Schmied, Vorchdorf / Österreich  
*Der letzte Maler der Neuen Sachlichkeit. Ansprache zur*  
*Eröffnung der Ausstellung »Zeit im Blick – Felix Nussbaum*  
*und die Moderne« im Felix-Nussbaum-Haus Osnabrück*  
*am 5. Dezember 2004 . . . . . 167*

- Iring Fetscher, Frankfurt / Main  
*USA – eine imperiale Demokratie? Festvortrag anlässlich der*  
*Verleihung der Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Sozialwissen-*  
*schaften der Universität Osnabrück in der Aula der Universität*  
*am 17. November 2004 . . . . . 177*

- Thomas F. Schneider, Osnabrück  
*Die Wiederkehr der Kriege in der Literatur.*  
*Voraussetzungen und Funktionen »pazifistischer«*  
*und »bellizistischer« Kriegsliteratur vom Ersten Weltkrieg*  
*bis zum Dritten Golfkrieg . . . . . 201*

## IV. ANHANG

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren. . . . . 223  
Information der Universitätsgesellschaft Osnabrück e.V.. . . . . 228  
Abbildungsnachweis. . . . . 229



Angela Marquardt, Heinz Rudolf Kunze, Renate Schmidt

## Jugend / Perspektiven: Wie geht die Gesellschaft mit ihrer Zukunft um?

Podiumsveranstaltung anlässlich des  
12. Deutschen Jugendhilfetages in Osnabrück  
am 1. Juni 2004 in der Aula der Universität

<i>Renate Schmidt</i>	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
<i>Heinz Rudolf Kunze</i>	Autor, Komponist und Sänger, Hannover
<i>Angela Marquardt</i>	Studentin der Politikwissenschaften, ehem. Bundestagsabgeordnete und jugendpolitische Sprecherin der PDS
<i>Prof. Dr. Alrun Niehage und Daniela De Ridder</i>	Fachhochschule Osnabrück – Gesprächsleitung

*Alrun Niehage:* Das dritte Osnabrücker Friedensgespräch dieses Jahres findet am Vorabend des 12. Jugendhilfetages der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) in Osnabrück statt.

Welche Zukunftshoffnungen die Jugend – so heterogen diese auch ist –, heute hegt, wissen wir aus aktuellen Forschungen und Befragungen: Die Wünsche nach Familie, nach einer berufsqualifizierenden Ausbildung, nach Karriere, haben einen hohen Stellenwert. Das politische Engagement scheint dagegen nicht so hoch im Kurs zu stehen. Jugendliche, so könnte man denken, sind *bequeme* Demokraten; *Konsum* hat für sie große Bedeutung als Quelle ihres Selbstwertgefühls. Und in der Freizeit ist Unterhaltung angesagt und das Interesse an einer Kultur der *events*. Wir wollen zwei Politikerinnen und einen Künstler fragen, was die Gesellschaft den so orientierten Jugendlichen bieten kann.

Reformbereitschaft wird in allen Parteien und bei der Bundesregierung groß geschrieben. Allerdings scheitert so manches an knappen Kassen. Selbst gut qualifizierte Jugendliche sind vor Arbeitslosigkeit nicht sicher. Die Daseinsvorsorge überfordert zunehmend häufiger die

Familien. Wenn dann die Politik an die »Eigenverantwortung« der Bürger appelliert, so macht das viele skeptisch. Wir sind auf die Antworten gespannt!

*Renate Schmidt:* Stadt und Universität Osnabrück haben mit diesem Friedensgespräch dem 12. Jugendhilfetag eine Gelegenheit vorangestellt, über grundsätzliche gesellschaftliche Herausforderungen nachzudenken und politische Erfordernisse zu diskutieren: Auch hier und heute soll es um die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen gehen.

Natürlich kann man fragen, was das mit Frieden zu tun hat. In meinen Augen sehr viel: Zu den Zukunftschancen der Jungen gehört unabdingbar der *äußere* Frieden. Die EU ist das größte Friedensprojekt unserer Geschichte und wird es umso mehr werden, als es gelingt, eine Außen- und Sicherheitspolitik zu betreiben, die Kriegsprävention in den Mittelpunkt stellt und Präventionskriegen eine eindeutige Absage erteilt. Aber Frieden ist nicht nur äußerer Frieden, sondern auch *innerer* Frieden, und dieser kann ohne Gerechtigkeit nicht gelingen.

Für mich wie für die Bundesregierung insgesamt und ihr wichtigstes Projekt, die Agenda 2010, ist *Gerechtigkeit* einer der zentralen Leitbegriffe. Es geht um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, den Geschlechtern und auch um den sozialen Ausgleich, also Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich.

Dies in Zeiten der Globalisierung umzusetzen, in einer Zeit der offenen Grenzen für Kapital, Waren, Dienstleistungen und auch für die Menschen, ist eine große Herausforderung, nicht nur für die Politik. Mit herkömmlichen und wohlfeilen Rezepten kommt man da nicht weit, sondern wird an der Macht des Faktischen scheitern. Diese Herausforderung dann noch vor dem Hintergrund des aufgelaufenen Schuldenberges in Angriff zu nehmen, erfordert mehr Mut, als manche glauben mögen.

Um dies an einem Beispiel zu illustrieren: Wir geben am meisten aus für die Oberstufen der Gymnasien, obwohl wir dort nur 10% bewirken können. Und am wenigsten geben wir aus für die frühkindliche Bildung, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch 90% positiv beeinflussbar sind.

Doch es gibt keine Alternative dazu, einerseits zu sparen und andererseits Mittel für Zukunftsaufgaben freizumachen. Denn unsere Gesellschaft befindet sich in einem tief greifenden Wandel. Ich nenne nur die Bevölkerungsentwicklung, die Zunahme der Zahl der Älteren und die Abnahme der Bevölkerungszahl insgesamt.

Die zahlenmäßig kleiner werdenden nachfolgenden Generationen müssen Produktivität und soziale Sicherung für alle gewährleisten. Das Phänomen ist hinreichend bekannt, ist unumkehrbar und durch eine Zunahme der Geburten und durch gesteuerte Zuwanderung nur abzumildern. Mit den Folgen müssen wir in jedem Falle umgehen. Jeder, der heute politische Entscheidungen treffen muss, wird diese Bedingung nicht ignorieren können.

Deshalb lassen Sie mich mit der *Generationengerechtigkeit* beginnen. Dazu eine Vorbemerkung:

Die Jugend – das zeigen uns alle Studien – ist leistungsbereit und in der Demokratie fest verankert. Die Mehrzahl der Jugendlichen blickt heute optimistisch und mit einer hohen Leistungsorientierung in die Zukunft. »Aufsteigen statt aussteigen« ist das Motto der meisten, sie wollen praktische Probleme in Angriff nehmen, die mit persönlichen Chancen verbunden sind. Jugendliche suchen und pflegen aber auch Bindungen im persönlichen Bereich, und zwar mehr denn je.

Die Mehrzahl der Jugendlichen steht in der demokratischen Mitte. Allerdings trauen viele den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in der Politik nicht mehr zu, Zukunftsprobleme zu lösen. Hier müssen wir Vertrauen zurückgewinnen. Hier dürfen wir nicht versagen und die Jugend enttäuschen.

Gerecht ist heute, was neue Chancen und eine neue ökonomische Dynamik ermöglicht und was zugleich den Zusammenhalt der Gesellschaft festigt. Es geht um ein neues Verständnis des Sozialstaats, in dessen Mittelpunkt nicht finanzielle Transferleistungen, sondern die Möglichkeiten stehen, an Bildungs- und Entwicklungschancen, an Erwerbsarbeit teilzuhaben. Dies ist der Kern der Reformen der Agenda 2010: Sparen nicht um des Sparens willen, sondern um die neue Ausrichtung eines *investiven Sozialstaats* zu gewährleisten – auch und ganz besonders im Interesse der jungen Generationen.

Das scheint leicht und auch einleuchtend, doch es ist nicht konfliktfrei umzusetzen. Für mich bedeutet das konkret: eine Politik der Generationengerechtigkeit muss heute die Interessen der Jugend stärker in den Blickpunkt nehmen als die des Alters. Ich sage dies mit Bedacht. In den letzten Jahren haben wir viel Aufmerksamkeit auf die letzte Phase des Lebens gelenkt.

Das war richtig so, denn noch Ende der 80er Jahre war beispielsweise die Altersarmut im Vergleich unerträglich hoch, die Pflege im Alter nicht abgesichert und das Altersbild völlig antiquiert. Vieles ist erreicht, die Absicherung des Pflegerisikos – auch wenn jetzt nachgesteuert werden muss – oder die soziale Grundsicherung im Alter und



bei Invalidität. Das Erstarken einer neuen und artikulationsfähigen Altengeneration hat dazu beigetragen.

Heute ist die Kinder- und Jugendarmut doppelt so hoch wie die der älteren Generation. Und wir wissen, dass in vielen Fällen Armuts-Karrieren vorgezeichnet sind. Da können und werden wir nicht tatenlos zusehen.

Arm oder nicht arm, entschieden wird darüber zu einem hohen Prozentsatz durch Bildung und Qualifikation. Nirgendwo entscheidet aber die Herkunft eines Kindes so sehr über seine künftigen Bildungschancen und damit auch Berufs- und Lebenschancen wie bei uns in Deutschland. Das ist für mich die bitterste Erkenntnis der PISA-Studien. Wir wollen optimale Entwicklungsbedingungen für alle Kinder und Jugendlichen, für diejenigen aus benachteiligten Familien, aus Migrantenfamilien, für besonders Begabte und auch für diejenigen mit besonderem Förderbedarf.

Ich erhoffe mir von den Ganztagschulen Impulse. Dafür nimmt der Bund viel Geld in die Hand: Mit 4 Mrd. Euro fördern wir bis zum Jahr 2007 den Ausbau von Ganztagschulen. Das Programm wird jetzt endlich in der Breite angenommen. Auch die CDU-regierten Länder sehen ein, dass es höchste Zeit für die beste Bildung unserer Jugend ist.

Die Bundesregierung sorgt mit der ›Ausbildungsoffensive 2004‹ dafür, dass junge Menschen neue Chancen auf Ausbildung und Arbeit bekommen. Und die Unternehmen müssen sich ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung stellen – möglichst freiwillig. Wenn es nicht anders geht, greift eine gesetzliche Regelung, damit diejenigen, die heute ausbilden, nicht in Wettbewerbsnachteil geraten. Ich setze auf die Einsicht in Wirtschaft und Unternehmen, dass unser Standort die besten Ausbildungschancen für seine Jugend bereitstellen muss. Aber auch die jungen Leute sind gefordert, die vorhandenen Angebote anzunehmen. Wir garantieren allen jungen Menschen unter 25 Jahren einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz – der Erfolg des Projektes hängt von der Mitwirkung aller ab.

Wir werden stärker als bisher in Bildung und Weiterbildung, Forschung und Familie investieren, damit alle, die das wollen, erwerbstätig sein können. Dies sind die notwendigen Voraussetzungen für die Sicherung unseres Sozialstaats und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Wir steuern heute in den sozialen Sicherungssystemen um, damit die Belastungen der Jungen nicht zu hoch werden – auch gegen den anfänglichen Widerstand der Älteren. Die Renten werden langsamer wachsen, als viele gehofft haben, die Notwendigkeit einer Eigenbeteiligung am Erhalt der sozialen Sicherung, z.B. der Pflegeversicherung, ist

verstanden worden. Diese Maßnahmen sind sinnvoll im Sinne der Generationengerechtigkeit.



Renate Schmidt

Die Eigenleistung der Stärkeren muss, um das Solidarprinzip und nicht zuletzt die Generationengerechtigkeit zu erhalten, stärker herangezogen werden. Wir haben zu lange mit diesen Maßnahmen gewartet, das gebe ich zu, aber das gilt für alle Regierungen der letzten 15 Jahre. Gerechtigkeit zwischen den Ge-

*schlechtern* ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber noch längst nicht Wirklichkeit. Ein Fortschritt in dieser Frage wird entscheidenden Anteil haben an unserer Zukunft.

Junge Frauen heute kennen ihre Startposition: sie liefern bessere Bildungsabschlüsse ab als ihre männlichen Kollegen und sie bilden die Mehrheit der Studienanfänger. Doch immer noch ist das Thema »gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit« aktuell, immer noch wirkt sich die Familiengründung zu ihrem Nachteil aus.

Drei Viertel der Deutschen erklären heute die Familie zur erstrebenswerten Lebensform und zum wichtigsten Rückhalt. In den angeblich ›heilen‹ 50er Jahren taten dies nur knapp 50 Prozent. Die Wertschätzung der Familie ist in besonders hohem Maße bei den Jugendlichen gewachsen, sowohl auf ihre Herkunftsfamilien bezogen als auch auf ihre eigenen Lebenspläne.

Mehr Jugendliche als je zuvor verknüpfen so genannte ›moderne‹ mit ›alten‹ Werten und Lebensorientierungen. Fleiß und Ehrgeiz, Macht und Einfluss, Kreativität und Toleranz, Solidarität und Engagement, Familie und Beruf fügen sich zu einem neuen Leitbild und Lebensmuster zusammen. Dieser Werte-Mix kennzeichnet die junge Generation. Es lohnt, in Familie zu investieren, und es freut mich besonders, dass die Vereinbarkeit dieser Werte auch bei jungen Männern zunehmend angestrebt und gelebt wird.

Wir müssen aber dafür sorgen, dass diese auch gelebt werden *können*. Deshalb mein Projekt zum Ausbau der Betreuungsangebote für die Kleinsten. Auch dieses Programm, für das ab 2005 jährlich bis zu 1,5 Mrd. Euro aus der veränderten Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden durch die ›Hartz IV‹-Reformen den Kommunen zur Verfügung stehen, folgt dem Prinzip, Spielräume für kommende Generationen zu schaffen.

Denn gute und verlässliche Betreuungsangebote für die Kinder unter 3 Jahren nutzen uns allen: den Kindern, denn sie werden früh gefördert, wie auch den Eltern, denn sie können Beruf und Familie vereinbaren und ihre Entscheidung für Kinder realisieren. Das Programm nutzt dem ›Standort‹, denn Deutschland wird die Schlusslichtposition in der Kinderbetreuung im europäischen Vergleich endlich los, und es nutzt nicht zuletzt der Wirtschaft, denn die Kinder und zukünftigen Beschäftigten erhalten den bestmöglichen Start – meine Botschaft dazu lautet: Auf den Anfang kommt es an!

Aber Frauen sind nicht nur Mütter: Deshalb haben wir mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft eine Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie getroffen. Erste konkrete Vorhaben wurden vorgestellt. Einiges ist über die Regierung seit 1998 in Gang gekommen: ein *Bundesgleichstellungsgesetz* für den öffentlichen Dienst, ein modernes *Betriebsverfassungsgesetz*, es wird in Kürze ein *Antidiskriminierungsgesetz* geben und eine Interventionsstelle bei Verstößen gegen Gleichstellung in verschiedenen Bereichen, z.B. zwischen Männern und Frauen. Ich bin entschlossen diese Vorhaben voranzutreiben, gerade auch wegen der jungen Frauengeneration und ihrer Lebenschancen.

Ich möchte zum Schluss auf die Strategien eingehen, die helfen sollen, einen gerechten sozialen Ausgleich zwischen Arm und Reich zu schaffen. Ich möchte mich auf mein Ressort beschränken. Hier kenne ich die Situation insbesondere der alleinerziehenden Eltern und Mehrkinder-Familien gut, die von Armut bedroht sind. Bei vielen sind mangelnde Möglichkeiten der Berufstätigkeit neben der Kindererziehung die Ursache, bei anderen wiederum sind es fehlende schulische und berufliche Bildungsabschlüsse.

Staatliche Transfers werden nicht nur nötig, um die Familien in der aktuellen Lebenssituation zu subventionieren, sondern auch, um Kindern zu helfen, aus den Sozialhilfekarrieren der Eltern herauskommen. Darin liegt die vordringliche Aufgabe des Sozialstaates: Hilfe zur Selbsthilfe, die Unabhängigkeit von sozialen Transfers schafft.

Materielle Förderungen müssen deshalb in Zukunft einerseits existenzsichernd sein, andererseits aber Anreize schaffen, erwerbstätig zu

werden und berufliche Fortentwicklung zu suchen. Der von der Bundesregierung eingeführte Kinderzuschlag für künftige ›Arbeitslosengeld II‹-Berechtigte ist ein solches Beispiel. Familien, die nur wegen ihrer Kinder in die Sozialhilfeabhängigkeit geraten, weil das Einkommen nicht zum Lebensunterhalt für die Kinder reicht, erhalten eine Unterstützung. Der Anreiz zum Ausbau von Erwerbstätigkeit bleibt, weil der Zuschlag nur zum Teil auf das steigende Einkommen angerechnet wird. Eigenleistung lohnt sich also. Transfers kommen dort an, wo sie wirklich Sinn machen und gebraucht werden.

Erstmals wird es ein Instrument zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut geben, mit dem wir in einem ersten Schritt 150.000 Kinder aus der heutigen Sozialhilfe, dem ›ALG II‹, herausholen – ein Instrument, das gezielt wirkt. Denn wir können nicht mehr wie bisher großzügig über Mitnahmeeffekte hinwegsehen. Wir müssen uns auf Problemlagen konzentrieren und Stärken fördern.

Die von mir vorbereitete Reform des *Kinder- und Jugendhilferechts* mit dem Ausbau der Kinderbetreuung im Zentrum weist ebenfalls in diese Richtung. Die Einschränkung teurer intensivpädagogischer Maßnahmen im Ausland gehört dazu, wie auch die angemessene Heranziehung insbesondere vermögender Eltern zu den Kosten einer stationären Unterbringung ihrer Kinder. Leistungen sollen nicht eingeschränkt oder eingestellt werden, die Jugendhilfe ist kein Sparstrumpf. Aber sie muss gerecht und zielführend sein.

Vielen fehlt die Zuversicht in die Zukunft angesichts von Arbeitslosigkeit und der laufenden, notwendigen, aber dennoch verunsichernden Veränderungen. Wir müssen den Menschen wieder die Zuversicht geben, dass durch Reformen die Zukunft für die nachfolgende Generation besser wird.

Ich hoffe, dass unser Gespräch heute, aber auch der 12. Jugendhilfetag in den nächsten Tagen, in diesem Sinne fruchtbare und innovative Diskussionen bringen wird.

*Angela Marquardt:* Bei der Frage nach den gesammelten Erfahrungen möchte ich weniger die Vielzahl politischer Forderungen in den Vordergrund stellen, sondern einfach über Dinge sprechen, die mich persönlich bewegt haben, ohne deshalb unpolitisch zu sein. Dabei würde ich nicht beanspruchen, im Namen *der* Jugendlichen zu sprechen, die ohnehin höchst unterschiedliche Auffassungen haben. Auch ist mein Werdegang einschließlich der politischen Verantwortung, die ich seit meinem 20. Lebensjahr wahrgenommen habe, sicherlich eine eher untypische Jugendbiographie.

Mit Osnabrück habe ich übrigens eine ganz persönliche Verbindung: Nachdem in der DDR im Herbst 1989 die politische Wende stattgefunden hatte, führte meine erste Reise – von dem Besuch in Berlin kurz nach dem Fall der Mauer abgesehen – nach Osnabrück, denn ich komme aus Greifswald, der Partnerstadt Osnabrücks. In der 12. Klasse gab es damals einen Schulaustausch mit der hiesigen *Ursula-Schule*, wo mir übrigens erstmals Lehrer in Mönchskutten begegneten. Dort durften wir 18-Jährige für drei oder vier Tage am Unterricht teilnehmen. Osnabrück wurde uns gezeigt, und wir hatten z.B. Mathematikunterricht, aber auch Politikunterricht. Hier entspann sich dann auch eine Diskussion über die Wiedervereinigung und die möglichen Wege dahin: entweder nach Artikel 23 oder nach Artikel 146 des Grundgesetzes. Es stellte sich heraus, dass die westdeutschen Schüler das Grundgesetz nicht so gut kannten, wie ich es in dem Moment schon kannte, weil mich die Frage natürlich bewegte. Wir, aus den späteren neuen Bundesländern kommend, haben dann die Mitschüler darüber aufgeklärt, was in ›ihrem‹ Grundgesetz steht. Es entspann sich eine politische Diskussion, bei der dann das Wort ›Zukunft‹ eine Rolle spielte – ein Wort, das ein bisschen mit Angst besetzt war, aber auch ein Wort, das zu benutzen Spaß machte. Ich begann mich politisch zu engagieren, was sicher schon in dieser Situation spürbar war.

Bekanntlich ist die Wiedervereinigung schließlich nicht nach Artikel 146 GG, also nach Diskussion und Verabschiedung einer neuen gemeinsamen Verfassung, erfolgt, sondern man vollzog einen Anschluss nach Artikel 23 GG. Die Diskussion um diese Wege, zu einer Vereinigung beider Staaten zu kommen, war meine erste Berührung mit Politik. Ich machte mir Gedanken darüber; es gab eine Verfassungskommission. Die ganze Arbeit, die damals von Menschen aus der ehemaligen DDR und von Menschen aus der alten Bundesrepublik investiert wurde, war sicherlich nicht umsonst. Denn eine Diskussion über Zukunftsvorstellungen und über eine Verfassung ist immer ein Gewinn. Aber die Einheit ist anders vollzogen worden, als ich es mir damals gewünscht hätte. Ich bin durch diese Erfahrung mit der Wiedervereinigung politisiert worden. Vorher habe ich mich wenig für Politik interessiert.

Man hört immer, die ›Jugend‹ sei die ›Zukunft‹ und sie sei ›*unsere* Zukunft‹, und wir müssten uns ›ganz doll darum kümmern‹ und mal ›über die Zukunft reden‹. Daran stört mich grundsätzlich etwas. Es geht es ja nicht nur um eine *Zukunft*, die ich für mich zu gestalten habe. Egal ob ich 18 oder 30, 40, 50 bin: Es geht doch zunächst darum, dass ich in der *Gegenwart* Möglichkeiten haben muss, Einfluss darauf zu nehmen, wie meine *Zukunft* aussieht. Insofern wünsche ich

mir mehr Beteiligungsmöglichkeiten in der Gegenwart. Darin sehe ich das Problem der Frage »Wie geht die Gesellschaft mit ihrer Zukunft um?« Für mich ist entscheidend: Wie geht die Gesellschaft mit ihrer Gegenwart um? Und wie geht sie in der Gegenwart mit ihren Jugendlichen um?

Ich finde auch problematisch, dass die Jugend immer ein wenig ›heroisiert‹ wird. ›Jugend‹ ist kein Qualitätsmerkmal an sich. Jugendliche können, wie auch Ältere, Blödsinn reden, und Jugendliche können pffiffig sein, aber ich habe auch viele ältere Leute kennen gelernt, die so sind. Also stellt sich mir eher die Frage nach der Demokratie, nach den



Angela Marquardt

Mitbestimmungsmöglichkeiten und den Beteiligungsmöglichkeiten in einer Gesellschaft: für alle Generationen, aber besonders natürlich für die Kinder und Jugendlichen, die von Entscheidungen, die auf parlamentarischer Ebene oder in den Kommunen, im Jugendhilfeausschuss etc. fallen, besonders betroffen sind. Ich bin in Diskussionen in meiner damaligen Partei, der PDS, und durch meine Erfahrungen im Bundestag manchen Forde-

rungen begegnet, für die ich Sympathien hatte, etwa in Reden von Bundespräsident *Johannes Rau*. Da ging es z.B. um das Vertrauen in die Gesellschaft, das geschaffen werden sollte. Es ging darum, dass oft alles schlecht geredet werde, dass die Leute missmutig seien. Das fand auch ich nicht gut. Aber aufgrund eigener Erfahrungen fehlt es auch mir in manchen Fragen an Vertrauen. Zwei prägende Erlebnisse: Wir – mehrere junge Abgeordnete verschiedener Fraktionen – wollten in der Legislaturperiode 1998-2002 eine überparteiliche Ausbildungsplatzoffensive auf den Weg bringen. Die CDU verbot ihren Abgeordneten, bei dieser Sache mitzumachen, weil – durch meine Mitwirkung – die PDS beteiligt war. Man war also mit großen Vorstellungen in den Bundestag gekommen, um dann eine überparteiliche Diskussion über Jugend, über Ausbildungsplätze, über betriebliche Ausbildung, über all die Fragen, die viele bewegen, die man gerne klären möchte, einfach an der Parteidisziplin scheitern zu sehen.

Ich habe häufig erlebt, dass Politik auf Parteipolitik reduziert wird, z.B. als Mitglied des gegen Gewalt und Extremismus begründeten

›Beirats für Demokratie und Toleranz‹, der u.a. Begegnungen junger Leute aus der gesamten Bundesrepublik organisiert, bei denen Erfahrungen aus den Kommunen mit Gewalt, Rechtsextremismus etc. ausgetauscht und Initiativen vorgestellt werden. Da kann man immer wieder feststellen: Es ist nicht so, dass die Leute ›keinen Bock‹ hätten, sich zu engagieren. Es ist auch nicht so, dass sie sich weigerten, sich theoretisch mit diesen Inhalten zu beschäftigen oder einfach nur alles und alle schrecklich fänden. Kein Vertrauen genießt dagegen die Parteipolitik, und das kann ich nachvollziehen. Das ist überall im Land spürbar, nur im Bundestag wird es nicht registriert. Das merkt man auch in der Kommune, wo bestimmte Dinge nicht zustande kommen, weil Parteien sich nicht einigen können oder sich nicht einigen wollen.

Solange die Politik als ritualisiert wahrgenommen wird und als ›spaßfeindlich‹, also als persönlichen Verzicht fordernd verstanden wird, lässt sich die Distanz zu Jugendlichen nicht verkleinern. Deswegen wäre es wichtig, Politik auch jenseits von Parteien stattfinden zu lassen und Einfluss nehmen zu können ohne parteipolitische Bindung, z.B. durch Volksinitiativen, Volksentscheide oder anderes. Sobald politische Anliegen in ein Parteikorsett gepresst werden, wie man es z.B. in Jugendparlamenten sieht, wird eine Struktur vorgegeben, in deren engem Rahmen man sich »engagieren« kann. Vieles demgegenüber oft spontan Entstehende hat mangels Geld und öffentlicher Wahrnehmung keine Möglichkeit, sich zur Geltung zu bringen. Da wünscht man sich viel mehr Möglichkeiten, Einfluss nehmen zu können, und zwar nicht nur in Form von – durchaus wichtigen – Jugendhilfetagen, sondern in den Kommunen, um ein kommunikatives Klima herzustellen, das nötig ist, um mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die gesetzlichen Aufgaben der Kommunen werden nach freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben, die immer Vorrang haben, unterschieden. Ich kenne das aus meiner Heimatstadt Greifswald: Das Jugendhaus, das ich 1991 mitgegründet habe, ist jetzt vom Aus bedroht, weil die Kommune es nicht länger unterhalten kann. Aber es ist immer die Frage, wo das Sparen anfängt, wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit definiert werden. Bedauerlicherweise wird der Mensch weitgehend über seine Arbeit definiert, mit der Folge, dass Menschen sich nutzlos fühlen, wenn sie keine Arbeit haben. Das ist verständlich, aber trotzdem schade, weil der Mensch mehr sein sollte, als ausschließlich über Arbeit definiert zu sein.

Wenn diese Gesellschaft, die selbstverständlich aus Individuen besteht, eine Verantwortung hat, dann hat sie die Aufgabe, Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, über Bildung und Ausbildung die

sehr komplex gewordene Welt verstehen zu können und individuell für sich auch Lösungen zu finden.

Ich will diese Verantwortung nicht gänzlich an den Staat abgeben. Ich wünsche mir nur, dass man auch auf individuelle Lösungen setzen kann und dass der Staat entsprechende Rahmenbedingungen herstellt und den Jugendlichen ermöglicht, *eigene* Wege zu finden, anstatt sie für *seine* Zukunft zu instrumentalisieren. Kinder und Jugendliche sind nicht die Zukunft anderer. Sie haben eine Zukunft vor sich, die ihre eigene ist. Man begleitet sie – auch ich wollte begleitet werden –, aber irgendwann hat jeder ein eigenständiges Leben, und dann wird die Zukunft zur Gegenwart. Insofern sind *selbstbewusste* Kinder und Jugendliche ein Ziel. Selbstbewusstsein zeigt sich auch in der Fähigkeit, eigene Unzulänglichkeiten eingestehen zu können, und deswegen ist der Zwang, immer perfekt sein zu müssen, schlimm. Im Gegenteil, man sollte Fehler eingestehen können, denn man kann versagen. Auch Politik sollte dies tun, denn wir sind alle nur Menschen.

*Alrun Niehage:* Herr Kunze, Sie sind uns vornehmlich als Musiker und auch als Autor bekannt. Neuerdings sind Sie auch in der Politik tätig, insofern Sie als Künstler in der *Enquete-Kommission Kultur in Deutschland* mitwirken. Gern wollen wir von Ihnen später etwas zu Jugend und Kultur hören. Zunächst bitten wir Sie um einen künstlerischen Beitrag zum heutigen Thema und freuen uns auf diesen.



Heinz Rudolf Kunze



*Heinz Rudolf Kunze liest:*

**Reich ins Heim**

Alt siehst du aus,  
du Seniorenruppe zwischen Flensburg und Berchtesgaden,  
zwischen Aachen und Stralsund,  
gleichermaßen weit entfernt vom Gefrierbrand wie vom Siedepunkt.  
Die letzten deutschen Dichter sprechen Verwehrlosungs-worte:  
»Walhalla« – wer weiß, was das bedeutet, ist entweder heldentot  
oder wird bei RTL Millionär.  
Weltweit führend in Windenergie: die Entrüstungsstürme hiesigen  
Gefasels lassen Wassergläser bersten, bringen Giftfässer zum Über-  
laufen.  
Hinter dem Landstrich aus Blut, Schweiß und Gähnen  
zeichnet sich langsam ein Schlusstrich ab –  
Deutschland, ein Spuckebläschen Eurasiens, die Speichelprobe  
nicht bestanden, lauter Todestriebtäter, die Freiheit absitzend,  
die nicht verjährt.  
Unerwünschte Nicht-Unseresgleichen schleppen uns Gefallene  
auf ihren Schultern aus der Schusslinie, der untote Germane  
fühlt sich unpässlich in der aufenthalts-genehmigten Rikscha.  
Wohin jetzt mit der überhäkelten Klopapierrolle und dem Wackel-  
Elvis?  
Mach dir einen Knoten ins Präservativ, da war doch was, erinnere  
dich – richtig, der letzte Führerbefehl:  
Aussterben als letzte Rache an den Siegern,  
sollen sie mal sehen, wie sie ohne uns klarkommen,  
ersticken werden sie im eigenen Unkraut,  
wenn sie uns Sündenböcke nicht mehr zu Gärtnern machen können,  
aus Vorsehung wurde Altersvorsorge, aus Eisenzeit Greisenzeit.  
Die Furie des Verschwindens kennt kein Tempolimit,  
nach dieser Aus-Zeit geht kein Spiel mehr weiter, doch die Pfleger  
lächeln digital.  
Die Bildschirmschlachten auf Wunsch auch auf schlesisch, die Zeit  
wird das letzte preußisch Vertriebene sein.  
Ein sanftes Verdämmern in Morphiums Armen,  
alt sehen wir aus, mit allen Wassern gewaschen,  
Deutschland ist müde, gebeugt aber stolz,  
Deutschland ist auserwählt,  
Deutschland geht reich ins Heim.

### Fortschrittliche Eltern

Neulich stieß ich auf ein altes Foto  
von einer Frau mit Schürze und Dutt.  
Sie stand am Herd und alles war sauber,  
nicht wie bei uns: der ganze Schutt.  
Das war die Zeit vor dem Pizza-Bringdienst,  
– kein Döner weit und breit –  
die Zeit von Eintopf und Curry mit Pommes –  
wahrscheinlich auch 'ne schöne Zeit.  
Fortschrittliche Eltern:  
ich hasse fortschrittliche Eltern.  
Ihr lasst mich so viel Elend sehn, dass ich mir die Augen reibe,  
und während ihr die Welt verbessert,  
kann ich sehen, wo ich bleibe.  
Neulich wurde ich zusammengeschlagen.  
Ich hab erst in meinem Bett geweint:  
Es waren drei vom Balkan.  
Mein Vater hob den Finger  
und nannte mich Ausländerfeind.  
Nein, ich will nicht über alles reden.  
Geht mir weg mit eurem Schuldkomplex.  
Kinder haften an Eltern,  
und ich will wirklich nichts wissen  
von eurem jämmerlichen Sex.  
Fortschrittliche Eltern,  
ich hasse fortschrittliche Eltern.  
Verwirklicht euch weiter, bringt euch irgendwo ein,  
doch dass ich bei euch lebe,  
kann doch nur eine Verwechslung sein.  
Ja, ich möchte in den Stand der Ehe,  
ganz in weiß und kirchlich rein.  
Meine Alten laufen Amok  
die wollen mich enterben,  
denn mein liebster ist ein Kieselstein.  
Altmodische Eltern, ich hasse altmodische Eltern.

### Die geilen Achtziger

Die Vision war zu stark,  
wir waren viel zu jung  
in jenen Tagen, wo man noch zurückgerufen wurde,  
wenn man jemand nicht erreichte.  
Das waren noch Zeiten,  
die Mädchen trugen nichts drunter  
und nichts drüber,  
und so ging's dann auch  
drunter und drüber,  
und die falsche Frisur war schlimmer  
als ein uneheliches Kind im neunzehnten Jahrhundert.  
Unsere besten Zocker hörten schon das Gras wachsen  
über den Neuen Märkten Südostasiens;  
unsere coolsten Pessimisten hörten schon die Flöhe husten  
im verfilzten Pelz Deutschlands,  
der gewaschen werden sollte, ohne nass zu werden.  
Ich hörte nur die Nachtigall trapsen;  
ich machte Musik  
und scherte mich um nichts.  
Die Vision war zu stark,  
wir waren viel zu jung  
Manchmal glaube ich,  
unsere superschmalen Lederschlipse von damals wiederzuerkennen  
zwischen den Arschbacken der California Dream Boys.  
Mittagessen gab es grundsätzlich um sechs,  
sechs abends oder sechs morgens,  
uns war eigentlich immer schlecht  
und weh ums Herz;  
wir hatten das Gefühl  
Abschiede seien noch nicht erfunden,  
und welcher Dichter schrieb noch mal,  
dass immer die Frau, die du gerade willst,  
nach Militärsuppe riecht?  
Die Vision war zu stark,  
wir waren viel zu jung,  
aus den Siebzigern hervorgegangen  
Eighties Revival heißt das jetzt,  
die geilen Achtziger.  
Also geil bin ich immer noch,  
ich weiß nicht, ob für andere,

da kann ich auch keine Rücksicht drauf nehmen,  
aber auf jeden Fall auf andere.  
Erwachsen bin ich angeblich geworden,  
Weltanschauungen ekeln mich an,  
wie zum Trocknen aufgehängte Wäsche,  
wo die Kacke- und Pissespuen nicht rausgegangen sind.  
Ich bin eine pragmatische Überzeugungstranse,  
aber eines wollen wir mal klarstellen:  
ich bin keine Ich-AG!  
Ich bin Sonne, Mond und Sterne,  
und wenn ich mit den Fingern schnippe,  
regnet es, in aller Bescheidenheit, Kometen,  
und von Revival sprechen wir frühestens,  
wenn ich in den Achtzigern ankomme und Nena heirate.

### **Mittlere Reife**

Obwohl Tarzans Kopf  
zwischen den Beinen seiner ersten Freundin liegt,  
hört er, wie sein Vater zum Schlüsselloch schleicht,  
spürt er, fühlt er auf seiner nackten Haut,  
wie sein Vater ihm zusieht.  
So leise ist er nicht geschlichen,  
dass man ihn nicht hätte kommen hören können.  
Sein Vater muss wissen, dass Tarzan das weiß, und Tarzan weiß,  
dass sein Vater weiß, dass Tarzan das weiß.  
Bis eben noch hat seine erste Freundin  
zwischen den Beinen nach Ananas geschmeckt,  
plötzlich duftet sie nach dem nur für Fledermäuse hörbaren Schrei  
einer ausgerissenen Schlingpflanze.  
Tarzan kann seinen Vater nicht atmen hören,  
aber er kann es sich vorstellen.  
Wie unschuldig waren wir, denkt sich Tarzan,  
wenn ich das Fernsehballerl sehe,  
fällt mir immer nur das lächerliche Hüpfen auf,  
während mein Vater, an Salzstangen saugend,  
immer nur Geschlechtsteile sieht, Geschlechtsteile denkt,  
Geschlechtsteile sehnt.  
Um Gottes Willen, wie verkommen ist das Erwachsensein.  
Da hilft nur eins, da bleibt nur eine Möglichkeit:  
Wenn man ein Leben in Wahrhaftigkeit,

in Sauberkeit und Würde führen will,  
Nichts wie weg  
in den blubbernden Schlamm aus Werden und Vergehen,  
in die siedend heiße Fäulnis der Zeugung,  
in die gefiederten, fieberkreischenden Mächte der Brunst,  
in die glutgrüne Hölle der Verwesung,  
ab in den Urwald.  
Tut mir leid, Baby Jane, ich kann leider nicht bleiben,  
mein Platz ist nicht auf der Klappcouch unter Abba-Postern.  
Wenn Du mich wirklich verstehst,  
wenn Du wirklich ahnst,  
was Freiheit ist,  
kannst Du ja nachkommen.  
Aber mach erstmal  
deine Mittlere Reife.

### **Blauäugig**

Als ich 14 war,  
das ist mittlerweile über 30 Jahre her,  
hatten wir bei uns in der Klasse einen  
amerikanischen Austauschschüler,  
groß, blond und sehr blauäugig.  
Der wurde, als er auf der Straße eine alte Frau  
in gebrochenem Deutsch nach dem Weg fragte,  
von der Dame mit dem Regenschirm verprügelt,  
weil sie ihre Familie in Osnabrück  
bei einem Bombenangriff verloren hatte.  
Danach war er völlig durch den Wind:  
warum macht ihr das, fragte er uns, wir helfen euch,  
wir verteidigen eure Freiheit und was ist der Dank?  
Er ging dann auch bald in seine Heimat zurück,  
back to the world, wie die Amis das nennen,  
und ich werde das dumme Gefühl nicht los, der Bursche  
hat es inzwischen bis in die Washingtoner Regierung gebracht  
und versucht jetzt anderswo  
groß, blond und sehr blauäugig,  
alten Frauen über Straßen zu helfen, die sie gar nicht überqueren  
wollen und wo gar keine Straßen sind,  
nur Trümmer, Sand und Leichen,  
über die er noch stolpern wird.

**Ausgesetzt**

Eines Lebens, vielleicht war's ein Montag,  
fand ich mich ausgesetzt – dem Hier, dem Jetzt.  
Nicht ausgesetzt als Preis, ich weiß,  
wohl eher doch im Wald,  
denn finster war's – und kalt.  
Bis dahin nichts gespürt,  
kopfunter existiert.  
Ich fragte, wo ich sei.  
Die einen sagten: hier,  
die andern sagten: da,  
das war ganz einerlei.  
Ich fragte, was soll ich tun?  
Die einen sagten: nun ja,  
die andern sagten: ja nun,  
frag bloß kein zweites Mal;  
es ist uns ganz egal.  
Drum blieb ich manchmal stehn,  
sie stutzten kolossal  
und hießen mich weitergehen.  
Indes meine Frage, wohin?,  
ergab für sie keinen Sinn;  
sie gingen ohne Ziel,  
es war für sie wie ein Spiel,  
und manchmal kehrten sie um,  
ohne zu fragen, warum.  
Sie stellten mich ins Licht,  
die Rolle lag mir nicht,  
ich stammelte meinen Text,  
sie hatten ihn verhext  
und brüllten mir nach im Chor,  
aber keiner sagte mir vor.  
Ich habe ewig ihr Lachen im Ohr:  
Hinab in den Staub, Du Hur',  
Du Schießbuden-Trostpreisfigur eines Lebens.  
Vielleicht war's ein Montag,  
auf jeden Fall um ein Haar nie,  
fand ich mich ausgesetzt – dem Hier, dem Jetzt.  
Nicht ausgesetzt als Preis, oh nein, ich weiß  
nur ausgesetzt,  
dem Hier, dem Jetzt.

## **Mannsbilder**

Wir wollen nicht undankbar erscheinen.  
Wir sind es – das reicht.  
Vom Leben war mehr zu erwarten,  
aber wir lassen uns nichts anmerken.  
Wir sind die Minderheit, die keiner mag,  
die keinen Artenschutz genießt.  
Niemand pervertiert für uns  
aus politischer Korrektheit den Sprachgebrauch.  
Wir machen allerdings auch kein Aufhebens von uns;  
wir sind uns eher peinlich.  
Die Mehrheit müsste schon von selbst darauf kommen, aber  
das liegt im Bereich des Unmöglichen.  
Wir sind quasi ein Live-Aufnahme dessen,  
was gerade nicht gedacht wird.  
Wir sind gewissermaßen die Videoüberwachung eines Direktoriums,  
das weniger existiert als Atlantis.  
Was genau das Leben uns bitte bieten soll, war nicht ausgemacht.  
Wir waren wohl voller Hoffnung auf etwas Ungenaues.  
Nicht einmal zu entschlossener Suche konnten wir uns aufraffen.  
Liebe haben wir wohl gefunden, das heißt: Frauen und Kinder.  
Die meisten von uns, einige, wenige, waren damit zufrieden.  
Es ergab sich so, man ergab sich so, kapitulierte,  
kopulierte mit erhobenen Händen.  
Die Frauen haben uns nicht verstanden,  
(manche haben es wenigstens versucht),  
wie sollten sie auch.  
Sie verlangten zuviel von uns, aber das war zuviel verlangt, von uns.  
Wir lieben sie, wir bleiben bei ihnen, trennen uns,  
alles wie es sich gehört.  
Und wer nach dem Haarewaschen am längsten in den Fön schaut  
ohne zu blinzeln oder zu heulen  
hat gewonnen.

## **Was macht eigentlich ... Jesus Christus?**

Tankwart im Irak? Platzanweiser im Circus Roncalli als  
»Subalterner Verhökere des Illusionären«  
(André Heller, Berufs-Anfänger)?  
Seit langem ist es still geworden um den sympathischen Nazarener.

Seine frühen Erfolge als zölibatäre Ulknudel  
 (übers Wasser gehen und es dabei in Wein verwandeln u.ä.)  
 sind nahezu vergessen – sic transit gloria mundi.  
 Unbestätigten Gerüchten zufolge soll er am Ostersonntag 2004 in  
 Kalkriese auf dem Gelände der Varusschlacht gesichtet worden sein.  
 Schwer alkoholisiert, habe er in den Nachthimmel gepöbelt:  
 »Varusschlacht? Wieso Varusschlacht? Seit wann nennt man  
 Schlachten nach ihren Verlierern? Dann hätte das heutige Wolgograd  
 ja Paulusgrad heißen müssen und nicht Stalingrad!«  
 Und dergleichen Unsinn.  
 Wir meinen: Schade, dass eine verheißungsvolle Karriere  
 so enden muss –  
 sehr, sehr schade

## Demokratie

Muttertag für Lesben,  
 Redezeit für Blöde,  
 Immer mit der Ruhe,  
 Jeder kommt dran.  
 Dosenpfand für Särge,  
 Kinder für die Toten,  
 Nieder mit Verboten,  
 Bis zum letzten Mann.  
 Demokratie – Volk in der Falle,  
 Freibier für alle,  
 keiner hat Durst.  
 Demokratie – Windel so weich,  
 alle sind gleich – prost.  
 Anschnallpflicht, Maulkorbzwang  
 Prüfungsangst, Geltungsdrang  
 Leistungsdruck, Fremdenhass, Stimmungstief  
 Hasso, fass!  
 Demokratie – jeder ein Star,  
 Tobsucht ist wahr-haftig  
 Demokratie – Schweinehund kläfft,  
 macht sein Geschäft – saftig.  
 Von der Kirche im Dorf bis nach Alzheim  
 ist ein schamloses Drahtseil gespannt.  
 Der Seiltänzer mogelt beim Taumeln,  
 Er hat sich in etwas verrannt.



Er wirft auf die Zuschauer Bomben.  
Die landen im Mund als Bonbons.  
Die Vorfahren staunen und klatschen herab von 99 Luftbalkons.  
Wir sind so gut, wir sind so frei.  
Wir sind am Ziel, es ist vorbei.  
Mein Gott, sind wir schön.  
Dein Gott, sind wir klug.  
Kein Gott, es wird Zeit.  
Weiß Gott, es ist genug.

### **Sich bloß nichts anmerken lassen ...**

Sich bloß nichts anmerken lassen, nicht in die Karten schau.  
Danke, super, alles bestens! Grüß' zuhause ...  
Ach, Du hast keins mehr? –  
Na dann, ... Fick Dich ins Knie.  
Immer der große Unbekannte bleiben,  
der Einsame und Unverstandene, der Tiger von Eschnapur,  
die schnellste Kanone Südniedersachsens.  
Die Fußgängerzone ahnt nichts, aber Du bist eine Bombe.  
Ein winziger Griff an Deinen Ohrring, und das alles hier  
wäre pulverisierte Geschichte.  
Da hätte der Presseclub, der früher Internationaler Frühschoppen  
hieß und Wein statt Wasser servierte, Gesprächsstoff für Monate.  
Wie feinste unsichtbare Asche lägest Du über dem Land  
und kontaminiertest jede ihrer Heucheleien von Wut – aber auch  
Trauer, von Besonnenheit – aber natürlich auch Betroffenheit.  
Doch den Gefallen wirst Du Ihnen nicht tun, den starken Abgang.  
Dass sie beim öffentlichen Lamentieren über Dich zerbröckeln  
und einstürzen ins innen Hohle wie januarmüde Schokoladen-  
weihnachtsmänner, enthältst Du ihnen vor.  
Tja, Pech gehabt ...  
Weiterschwätzen über mediokre Schrecken, weiter Wasser trinken  
und wehmütig an die schöne Zeit denken, als ein jovialer Nazi zum  
kritischen Befragen noch Wein ausschenken ließ.  
Aber das alles geht Dich nichts an.  
Du bist die Bombe, die nicht explodiert, ganz bewusst,  
aus freien Stücken. Du hängst über dem miesen Einerlei unserer Tage  
wie eine Drohung.  
Deine Droge heißt Verzicht.

Du, Ebenbild Gottes, denn auch der Allmacht-Junkie da oben  
will bloß nicht auffallen.  
Jesus? Ist aufgefliegen.  
Das passiert dem Alten  
kein zweites Mal.

### **Feuer einstellen**

Man kann nicht einerseits, ohne dann auch andererseits ...  
Wer A sagt, muss auch B sagen.  
Wer A gesagt bekommt, muss auch Z hören.  
Ist ›uneingeschränkte Solidarität‹ vielleicht doch beschränkte?  
Der Ottokatalog des Innenministers,  
der Anforderungskatalog der Amerikaner,  
die Katalogik der Ereignisse, die Katalogistik der Geheimnisse,  
der unsichtbare Krieg, das unerkennbare Ziel,  
der unerreichbare Frieden.  
Wir haben diesen Krieg nicht gewollt, bestimmt nicht,  
wir haben nur seine Anlässe erzeugt.  
Erst mal sich an die eigene Hochnase fassen,  
ehe man die fremde Pappnase abfackelt.  
Wir sind für sie die Ungläubigen;  
wir haben es selber so weit kommen lassen.  
Alle unsere westlichen Werte hätten sie angegriffen.  
Welche Werte bitteschön?  
Die muss man schon mit der Lupe suchen,  
überall wo hellhäutiges Fleisch die Erde verwüstet und verdirbt.  
Islamisten sind, kaum zu glauben, auch Menschen.  
Jeder Mensch will einen Krieg, wenn er ihn schon führen muss,  
weil er nicht in Frieden leben darf, überleben und gewinnen.  
Nur wer glaubt, dass er nichts und niemals mehr gewinnen kann,  
ist bereit, dran zu glauben und in Stahlbeton zu beißen.  
Jeder hat seinen Teil beizutragen, keiner darf sich seinen Teil denken.  
Demokratie heißt, unsere Menschen da abzuholen, wo sie stehen.  
Krieg heißt, unsere Soldaten da abzuholen, wo sie liegen.  
Wie viele Schweigeminuten braucht man,  
um zur Besinnung zu kommen in diesen lärmigen Zeiten.  
Schweigeminuten reichen nicht.  
Wir brauchen Nachdenktage,  
damit wir nicht neue Gedenktage kriegen. Volkstrauertage.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
ich bitte Sie in diesen schweren Tagen,  
fest zu unseren Soldaten zu stehen, ganz fest.  
Haltet sie fest: Klammern im Strafraum; riskiert gelbe Karten,  
riskiert rote, sonst kriegt ihr weiße mit schwarzem Trauerrand.  
Lasst sie nicht gehen;  
Feuer einstellen,  
sonst müssen wir uns  
aufs Feuer einstellen.

### Hochzeitstag

Ich hasse es, wie du beim Teetrinken schlüpfst, schluckst,  
die Tasse mit aufgestützten Ellenbogen vor das Gesicht hältst  
und mit leeren glasigen Augen,  
die man, wenn man dich nicht besser kennt,  
für nachdenklich halten könnte, in die Gegend glotzt  
wie eine Kuh beim Scheißen.  
Ich hasse es, wie du beim Telefonieren mit Fremden  
Ja-haaa sagst, alle drei Sekunden  
wie eine Provinzsekretärin mit Dauerwelle,  
auf deren Schreibtisch ein pinkes Sparschwein steht  
mit der Aufschrift »Kaffeekasse für Ulrike«.  
Ich hasse es, wie du bei Quiz-Shows  
sogar die erste Antwort auf die 50-Euro-Frage vorsagst,  
eine Frage von solcher Schwachsinnigkeit  
dass sie selbst ein Goldhamster mit Alzheimer  
unter Elektroschocks beantworten würde,  
und wie du triumphierst, wenn du's wusstest.  
Ich hasse es, wie du beim Essen schelmisch in die Runde schmunzelst  
und »Gefräßige Stille« sagst,  
eine Redensart, die so galaktisch blöd ist,  
dass sie nur aus deiner Familie stammen kann  
und mir selbst nach jahrzehntelangem Nachdenken  
keine angemessen bekloppten Wie-Vergleiche dazu einfallen.  
Ich hasse es, wie du mit schmerzverzerrtem Gesicht keifst  
»Hast du auch SCHÖNE Musik dabei?«,  
wenn ich Eminem auflege.  
Ich hasse es, dass der Fußboden vor deinem Bett  
aussieht wie das IKEA-Kinderparadies, nur nicht voller bunter Bälle,

sondern benutzter Papiertaschentücher.  
Ich hasse dich,  
weiß Gott, ich hasse dich, wie mich selbst.  
Aber das macht ja nichts, wir sind alt genug:  
Hass oder Liebe:  
für Langstreckenläufer läuft das aufs Gleiche hinaus.  
Beides macht Seitenstechen – bis zum letzten Atemzug.  
In deinem Fall könnte man versucht sein zu glauben,  
du wurdest wirklich nur geboren, um mich totzuärgern.  
Aber eines muss man dir lassen:  
Du hast dich dermaßen eingepägt –  
eher vergess' ich mich  
als unseren Hochzeitstag.

*Daniela De Ridder:* »Kinder haften an ihren Eltern« dichtete Heinz Rudolf Kunze. Manche haften wohl auch *für* ihre Eltern. Zukunft und Jugend – das klang in den Worten von Angela Marquardt so, als würde man als Jugendlicher für vieles Verantwortung zu übernehmen haben.

In einem Presseinterview haben Sie, Frau Ministerin Schmidt, angekündigt, dass Sie das Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz vermutlich ändern werden, allerdings vor dem Hintergrund der Finanzlage der Kommunen, so dass auch Einschränkungen von Maßnahmen gerade in der Jugendhilfe zu erwarten wären. Ist das nicht gefährlich? Führt das nicht zu der Politikverdrossenheit, die sich ein ›auf Zukunft‹ bedachtes Staatswesen gar nicht leisten kann?

*Renate Schmidt:* Ich habe auf ein großes Vorhaben hingewiesen: die Verbesserung der Betreuung für die Kinder im Alter von bis zu drei Jahren durch zusätzliche Maßnahmen.

Im Verlauf der zehn Jahre, die das Kinder- und Jugendhilfe-Recht jetzt besteht, haben wir allerdings auch Fehlentwicklungen zu verzeichnen. Wenn etwa Fälle bekannt werden, in denen sich Kommunalpolitiker mit ordentlichem Einkommen einen Internatsplatz für ihr Kind erschleichen – und dies war kein Einzelfall –, dann gerät die gesamte Kinder- und Jugendhilfe in Misskredit. Solchen Fehlentwicklungen müssen wir entgegenwirken, denn sie gehen zu Lasten z.B. alleinerziehender Verkäuferinnen und ihrer Steuermittel. Besser verdienende Eltern können ihren Anteil beitragen und selber dafür sorgen, dass ihre Kinder gut untergebracht sind.

Und wenn wir heute feststellen, dass die Jugendämter zunehmend nur noch als Kostenträger gefragt sind, so muss sich das ändern. Viel-

fach sind z.B. Eltern der Meinung, dass ihr Kind eine psychotherapeutische Betreuung braucht, lassen sich dies ärztlich verordnen und fordern das Jugendamt zur Kostenübernahme auf. Wenn dann allein ein Jugendrichter darüber entscheidet, ob diese Maßnahme für den Jugendlichen sinnvoll ist, können die Jugendämter ihre Kompetenzen nicht mehr einbringen. Unsere Reform muss deshalb die Position des Jugendamtes stärken. Und es werden die vermögenden und einkommensstarken Eltern vermehrt an den Kosten beteiligt.

Der wesentliche Punkt des neuen Kinder- und Jugendhilfe-Rechts ist aber die Frage der Verbesserung der Betreuung für die Kinder unter 3 Jahren. Denn wir wollen den Kinderwünschen, die bei jungen Menschen heutzutage vorhanden sind, wie zu allen Zeiten zuvor, tatsächlich gerecht werden können. Der statistische Durchschnittswert für die von jungen Leuten im Alter von 29-34 *gewünschte* Kinderzahl beträgt 2,4 Kinder. Tatsächlich lag die Kinderzahl aber im Durchschnitt nur bei 1,29 im letzten Jahr.

Weltweit ist die *Kinderlosigkeit* bei uns am höchsten. Dies ist keine Verantwortlichkeit allein der Frauen. Männer sind im gleichen Maße kinderlos. Die heute 39-jährigen Männer *und* Frauen sind zu rund einem Drittel kinderlos, und unter den – männlichen wie weiblichen – Personen mit länger andauernder, akademischer Ausbildung beträgt die Rate der Kinderlosen über 41%. In Frankreich dagegen liegt die Kinderlosigkeitsquote in derselben Altersgruppe je nach Studie zwischen 8% und 12%. Das sollten wir nicht hinnehmen, denn wir müssen dafür sorgen, dass Menschen sich ihre Lebenswünsche erfüllen.

Sicherlich geht es dabei nicht in erster Linie um unsere Zukunft als Gesellschaft und Staat, sondern an erster Stelle um die jungen Menschen. Aber schließlich geht es *auch* um unser aller Zukunft. Wir müssen uns klarmachen, wie für uns Ältere jenseits der 40, 50 oder 60 die Zukunft aussieht, wenn es immer weniger Kinder gibt: Im Jahre 2040 würden in Deutschland anstatt der heute etwa 39 Mio. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nur noch 24 Mio. leben, wovon die Hälfte älter als 45 Jahre wäre.

Die Folgen für Forschung und Technologie und für die Innovationskraft der Wirtschaft können wir uns bisher genauso wenig vorstellen, wie das, was es für uns selbst bedeutet. Uns muss klar werden: Wenn wir alt und hilfsbedürftig sind, werden uns unsere eventuellen Aktiendepots garantiert nicht pflegen. Und auch unser Immobilienbesitz ist gänzlich ungeeignet, uns dann in der Gegend herumzukutschieren, wenn wir selber nicht mehr Autofahren können. Selbst unsere Sparguthaben werden nicht in der Lage sein, uns die Dienstleistungen

zu bieten, die wir dann brauchen, angefangen vom Brötchen backen bis hin zur medizinischen Versorgung.

Dafür bedarf es real existierender Menschen. Wenn nun auf das neue Zuwanderungsgesetz verwiesen wird, so sage ich: Natürlich brauchen wir eine geregelte und gesteuerte und vernünftige Zuwanderung. Aber ich warne: Würden wir den heutigen *Altersquotienten*, also das Verhältnis der Menschen über 60 zu denen unter 60, auch im Jahr 2040 erhalten wollen, bräuchten wir bis dahin eine Zuwanderung von 180 Millionen Menschen – eine abenteuerliche Vorstellung!

Deshalb sage ich: Natürlich geht es in erster Linie um Kinder und Jugendliche, darum, ihnen die besten Möglichkeiten für ein vernünftiges Aufwachsen und Bildung und Ausbildung zu bieten. Aber es geht auch – ganz egoistisch – um uns selbst, denn ohne Kinder werden wir alle miteinander in absehbarer Zeit ›ganz schön alt‹ aussehen.

*Daniela De Ridder:* Frau Marquardt, durch Zuwanderung werden wir das Problem eines neuen Generationenvertrages nicht lösen können. Nun haben wir aber auch das Problem, dass eine große Zahl von Kinderbetreuungsplätzen fehlt, insbesondere für die Kinder unter 3 Jahren. Sie haben auch ein Bündnis für Ausbildung, für Bildung insgesamt angemahnt. Wie stellen Sie sich ein solches Bündnis vor?

*Angela Marquardt:* Vorab eine Bemerkung zum Stichwort ›Politikverdrossenheit‹: Vor ihr habe ich nicht gewarnt, vielmehr finde ich, dass es eine durchaus berechtigte Verweigerung einer bestimmten Politik gegenüber gibt. Engagement von Jugendlichen kann man überall finden, die Frage ist, wie weit es reicht. Wenn Jugendliche mit ihrem ganzen Tatendrang kommen und ihre Anliegen als ›Träume‹ und ›Wunschvorstellungen‹ abgefertigt werden, von denen sie sich beim ›Erwachsenwerden‹ verabschieden müssten, so ist Politikverdrossenheit kein Wunder. Da wird dann ›Realismus‹ für das ›Machbare‹ angemahnt, und die eigenen Zielvorstellungen sollen immer ihren Realismus beweisen. Dieser Politik sich zu verweigern, hat nichts mit allgemeiner Politikverdrossenheit zu tun.

Über die Lage an den deutschen Hochschulen wird derzeit viel gesprochen. Als ›bekenkende Langzeitstudentin‹ gehöre ich zu denen, über die viel diskutiert wird. Ich erlebe Situationen an der Uni, die den Lehrkräftemangel zeigen. Leider wird meist nur die Spardiskussion geführt, nicht die Frage gestellt, wie die Qualität verändert werden kann und wie die Studenten die Hochschulen verlassen, wenn sie in die Welt hinausgehen.

Es bieten sich in Europa nach der EU-Erweiterung interessante Chancen, und ich möchte für ein individuell gestaltetes Studium an der Universität plädieren, denn auch ich möchte nicht nur nach Vorschrift studieren müssen. Für Zukunftsfragen und anderes Wichtige an den Hochschulen brauchen wir die nötige Finanzierungsgrundlage. An diesen Entscheidungen müssen Studenten beteiligt werden, und zwar nicht nur *pro forma*.

Ein ›Bündnis für Ausbildung‹, für Bildung insgesamt, wäre sicher wünschenswert. Das Problem sind die unterschiedlichen Interessen der möglichen Beteiligten dabei. Die Wirtschaft möchte Subventionen erhalten und möglichst wenig Steuern zahlen. Auch die Politik hat ein Eigeninteresse. Diese Situation mündet meist in den Ruf nach dem Staat, der so wenig Geld wie möglich zur Verfügung stellen zu müssen glaubt. Der Staat wird nicht alle Zukunftsfragen lösen, und er soll es auch nicht. Aber die Wirtschaft kann sich nicht allem entziehen. Niemand will zur Planwirtschaft zurück, aber die Politik muss das Recht wahrnehmen, der Wirtschaft gelegentlich etwas vorzuschreiben bzw. sie in die Lage zu bringen, dass die Wirtschaft selbst ein Bedürfnis erkennt, Jugendliche auszubilden. Eine ›Ausbildungsplatzabgabe‹ wird dazu sicher nicht reichen.

*Daniela De Ridder:* Heinz Rudolf Kunze, einen Text haben Sie uns vorenthalten, nämlich *Jugend von heute*. Den möchte ich gern noch nachtragen:

»Denn nichts ist so erbärmlich wie die Jugend von heute. Sie ist gierig. Sie ist schwierig. Und des Flachsinn's fette Beute. Ihr findet alles zu behaupten oder viel zu kompliziert. Ihr habt Euch höchstens für die eigene Verdauung engagiert.«

Beschreiben Sie da nicht auch die allgemeine Politikverdrossenheit? Ist das nach wie vor Ihre Position, Herr Kunze? Oder sind Sie da einfach ein *agent provocateur*, der gerne mehr Dynamik bei der Jugend sehen will?

*Heinz Rudolf Kunze:* Das war nie meine Position. Aber ich werfe gerne mal einen Handschuh in den Ring und schaue, was passiert. Ich sage etwas und erwarte dann immer saftige Antworten. Und ich erwarte vor allen Dingen, wenn ich einen so unverschämten Text mache, dass Leute mir – mit Recht – widersprechen und mir das Gegenteil beweisen. Das ist auch eine Aufgabe von Literatur: Anstöße geben, so dass man gelegentlich auch mal damit rechnen muss, für den einen oder

anderen Text auch mal eine Ohrfeige zu bekommen. Ich freue mich über die große Resonanz, die das ausgelöst hat: eine Menge Zorn, aber auch eine Menge freundliche Vitalität.

*Daniela De Ridder:* Sie gehörten zu denen, die gehofft hatten, dass es nicht zum Irak-Krieg kommen wird. Sie warnten davor, Präsident Bush als ›durchgeknallten Cowboy‹ zu betrachten. Überrascht es Sie, dass gerade Jugendliche sich bei *attac* und/oder gegen den Irak-Krieg engagieren, sogar auf die Straße gehen, obwohl sie eigentlich, wie Frau Schmidt sagte, den Aufstieg und weniger den Ausstieg anstreben?

*Heinz Rudolf Kunze:* Das hat mich nicht überrascht. Denn in solchen Fragen ist es das Vorrecht der Jugend, sehr eindeutig Position zu beziehen. In Fragen von Krieg und Frieden macht die Jugend nun mal, zum Glück, keine Kompromisse. Ich hoffte bis zuletzt, man könnte durch mehr Diplomatie, durch mehr ›französische List‹ – auch von Seiten unserer Regierung – vielleicht noch Einfluss nehmen und das Schlimmste verhindern. Umso enttäuschter war ich, als das Schlimmste sich nicht verhindern ließ.

*Publikum:* Im Bereich *Ausbildungsbegleitende Hilfen für Jugendliche* der Benachteiligtenförderung, dessen Finanzierung durch die Bundesagentur für Arbeit erfolgt, wird neuerdings rigoros gekürzt. Die BA stellt die Finanzierung zunehmend in Frage. So werden Firmen an der Einstellung Jugendlicher gehindert, und das Bildungsniveau sinkt. Werden die Prioritäten in der Jugendhilfe nicht falsch gesetzt?

*Renate Schmidt:* Der Bund darf bestimmte Förderprogramme nur über einen begrenzten Zeitraum in seiner Zuständigkeit fördern. Es gibt die Möglichkeit der Weiterführung durch die Kommunen, die aber gegenwärtig finanzielle Probleme haben, oder durch die Bundesagentur für Arbeit. Richtig ist, dass wir eine zunehmende Zahl von jungen Menschen haben, die überhaupt nicht ausbildungsfähig sind, so wie sie von den Schulen kommen. So bestätigt sich, dass wir vor allen Dingen frühe Förderung brauchen, damit Kinder, die aus benachteiligten Familien kommen, möglichst frühzeitig die Chance bekommen, sich entwickeln zu können.

Fraglos gibt es Jugendliche, die nicht in der Lage sind, eine normale berufliche Ausbildung zu absolvieren. Würde man sie in eine normale Ausbildung stecken, so wäre dies auch eine Überforderung des Unternehmens. Dort gibt es keine sozialpädagogische Betreuung, dort können solche Jugendliche nicht gefördert werden.



Jetzt sind die Bundesagenturen zuständig für die Entscheidung, was gefördert wird. Da mag es manchmal eine kurzsichtige Entscheidung geben, die nur auf den kurzfristigen Effekt bedacht ist und verkennt, was solche Entscheidungen langfristig bedeuten können.

*Publikum:* Kinder und Jugendliche leiden darunter, dass die Eltern von heute stark mit der Sorge um ihre Arbeitsplätze und mit der Sicherung ihres Lebensunterhalts beschäftigt sind. Sie haben oft weite Wege zur Arbeit zurückzulegen, Arbeits- und Ladenschlusszeiten wurden ausgedehnt, so dass Kindergartensplätze, die nur bis 16 Uhr garantiert sind, zur Betreuung der Kinder nicht ausreichen. Die Eltern von heute tragen die Folgen von falscher Besteuerung, ihre Arbeit lohnt nicht mehr. Nicht Banken und Konzerne bekommen Kinder, sondern Arbeitnehmer!

*Renate Schmidt:* Wir müssen selbstverständlich dafür sorgen, dass unsere Kindertagesstätten andere Öffnungszeiten haben und dass es möglich ist, vollzeiterwerbstätig zu sein und trotzdem sein Kind gut betreut zu wissen. Da gibt es einen erheblichen Nachholbedarf, der sich während dreier Jahrzehnte in der Bundesrepublik Deutschland ergeben hat, während fruchtlose Diskussionen über angeblich ›verantwortungslose Rabenmütter‹, die erwerbstätig sind, geführt wurden. Stattdessen hätte man dafür sorgen müssen, wie in anderen europäischen Ländern, dass die Vereinbarkeit von Kindern und Erwerbstätigkeit auch in Westdeutschland der Normalfall ist.

Wir haben in Westdeutschland insgesamt eine Versorgungsquote von 2,7% für Kinder unter 3 Jahren in Krippen. Es gibt aber rund 19% Alleinerziehende. Zwar haben wir noch ca. 4,5% Tagespflegestellen, ›Tagesmütter‹, aber dies kann nicht ausreichen.

Deshalb müssen wir jetzt endlich auch ein modernes Land in dieser Hinsicht werden – auch darum geht es bei diesem Jugendhilfetag. Als die zuständige Ministerin bemühe ich mich um Fortschritte in diesem Bereich. Wichtig ist daneben auch, nicht mehr die Mütter für den Schulerfolg ihrer Kinder verantwortlich zu machen, denn dafür haben wir schließlich professionell ausgebildetes Personal in den Schulen.

*Angela Marquardt:* Die Diskussion über die Kindertagesstätten und Kinderbetreuung ist in den neuen Bundesländern natürlich eine ganz andere. Dort sind bestehende Strukturen vernichtet worden. Nicht alles davon hätte überleben können, aber man hätte viele Möglichkeiten der Kinderbetreuung vor allem in ländlichen Gebieten bewahren können.

Das Problem der Einrichtungen für Ausbildungsbegleitende Hilfen und Trainingsmaßnahmen liegt nach meiner Erfahrung darin, dass diejenigen, die sie durchlaufen haben, trotzdem ohne Perspektive bleiben. Im Osten mündet dies in die Diskussion über Abwanderung. Die Qualität des Lebens muss aber auch darin bestehen, soziale Sicherheit zu haben, auch wenn nicht mehr alle Menschen Arbeit werden können. Vollbeschäftigung ist meines Erachtens illusorisch; trotzdem bleibt das Thema ›Arbeit‹ wichtig, und es gibt ja auch genügend Arbeit. Arbeitszeitverlängerungen wären da allerdings nicht hilfreich.

*Publikum:* Meine Erfahrungen mit dem internationalen Jugend- und Schüleraustausch zeigen mir, dass Jugendliche sehr wohl Dinge bewegen wollen, sich engagieren wollen, aber eben nicht in der Politik. Die Politik hat es nicht geschafft, jungen Menschen das Gefühl zu geben, dass es in Europa vorangeht. Warum kann sich die Politik nicht mehr den jungen Menschen öffnen? Warum gelingt es nicht, Jugendlichen das Gefühl zu vermitteln, überhaupt etwas bewegen zu können?

*Publikum:* Mit der Absicht, etwas für unser aller Zukunft zu tun, verträgt sich m.E. nicht, dass z.B. die Sprachförderung für Kinder aus Russland an den Schulen weggefallen ist. Zwar gibt es gegenwärtig weniger Aussiedler aus Russland als früher, aber immer noch kommen viele ›Seiteneinsteiger‹ ohne ausreichende Deutschkenntnisse, für deren Sprachkompetenz wir besser sorgen müssten, in die Schulen. Das ist auch eine Aufgabe für die Politik der Bundesregierung.

*Publikum:* Ich möchte betonen, dass nicht alle Kinder erziehenden Frauen einen Vollzeitarbeitsplatz wollen, sondern vielmehr eine Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung brauchen. Das gilt im Übrigen auch für Männer, Väter, die sich mehr an der Erziehung beteiligen sollten.

*Renate Schmidt:* Man sollte zur Kenntnis nehmen: Im europäischen Vergleich haben wir in Deutschland im Jugendbereich die niedrigste Arbeitslosigkeit, nicht zuletzt wegen unseren Bemühungen, über die unterschiedlichsten Maßnahmen junge Menschen zu integrieren. Das muss und wird fortgesetzt werden. Jedem jungen Menschen bis 25 Jahre muss eine Arbeit oder ein Ausbildungsplatz angeboten werden, so sieht es die ›Agenda 2010‹ vor. Auch eine hohe Qualität der Betreuung Jugendlicher muss unser Ziel sein. Die Jugendministerien der Länder haben sich vor kurzem auf Bildungsziele für Kinderbetreuungseinrichtungen verständigt. Richtig ist, dass die Kommunen derzeit in

ihren finanziellen Möglichkeiten sehr eingeschränkt sind. Die Bundesregierung unterstützt nicht nur die Länder, sondern teilweise auch die Kommunen mit ihrem 4 Mrd.-Euro-Programm für den Ausbau der Ganztagschulen. Aber auch die Kommunen müssen, wenn die Betreuung für Kinder verbessert werden soll, zusätzliches Geld zur Verfügung stellen, nämlich ab dem nächsten Jahr 1,5 Mrd. Euro.

Nun zur Frage des Ehrenamtes von jungen Menschen in der Politik: Die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, ist bei jungen Leuten sehr ausgeprägt. Meistens hat dies nicht die Form eines lebenslangen Engagements, sondern eines eher kurzfristigen, oft projektbezogenen Engagements. Mit Blick auf die Vergangenheit würde ich aber sagen: auch früher war das politische Engagement von jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren vergleichsweise bescheiden. Ich halte im Gegenteil die Jugend heute für deutlich politischer, als wir das seinerzeit gewesen sind.

Warum setzt sich das dann nicht in parteipolitisches Engagement um? Ich meine, dass die Parteien zu wenig projektbezogenes, transparentes Engagement ermöglichen. Die Parteien sind zur Organisation der Demokratie unverzichtbar. Aber ich glaube nicht, dass die Parteien die *einzig* Instrumente sind, um Demokratie zu organisieren. Ich bin vehemente Anhängerin von bürgerschaftlichem Engagement, auch im Zusammenhang mit der gesamten Demokratie. Es sollte Mitentscheidungsmöglichkeiten zwischen den Wahlen geben. Das würde dazu beitragen, dass junge Menschen sich mehr engagieren und einen Teil von ihnen auch in den Parteien halten würden. Dafür erhoffe ich durch Volksbegehren, Volksentscheide und ähnliche Dinge, auch auf Bundesebene, einen Schub.

Zur Frage der Sprachförderung für Aussiedler: Hier hat es Veränderungen gegeben. Zum einen versuchen wir, die Menschen in ihrem Heimatland zu schulen und dann mit ausreichenden Sprachkenntnissen hier zu uns zu bringen, weil Integration dann deutlich einfacher ist. Zum andern wird das neue Zuwanderungsgesetz nicht mehr zwischen Ausländern und Aussiedlern unterscheiden. Wir sagen: Alle müssen bei uns Sprachförderung bekommen.

Schließlich zur Frage der Teilzeitbeschäftigung von Frauen: Nun hat die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen und Männer in den letzten zwei Jahren deutlich zugenommen, auch wenn die Nachfrage danach fortbesteht. Die Bundesregierung hat im Jahr 2002 den gesetzlichen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung geschaffen, der für Beschäftigte in einem Unternehmen mit mindestens 15 Mitarbeitern gilt. Ich plädiere nicht dafür, dass alle Mütter und alle Väter vollzeiterwerbstätig sein sollen. Bei der von meinem Ministerium gestarteten »Allianz für die

Familie« versuche ich vielmehr, die Wirtschaft für die Einsicht zu gewinnen, dass Eltern auch Zeit für ihre Kinder brauchen und Kinder Zeit mit ihren Eltern haben wollen. Aber wir wissen, dass die meisten Mütter erwerbstätig sein wollen und dass viele, die teilzeitbeschäftigt sind, lieber mehr Arbeit wollen. Das eine Anliegen sollte nicht gegen das andere ausgespielt werden. Das nutzt nämlich niemandem.